

# **Fachgespräch zum Thema „Stand und Perspektiven der Spracharbeit bei German Language School Conference in den USA“ in Berlin**

## **Ergebnisniederschrift**

### **Veranstalter:**

- **Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e. V. (VDA)**
- **Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“**

### **Zeit/Ort:**

**17.6.2009 , 13.00 - 17.00 Uhr**

**Reichstagsgebäude, Fraktionsebene, Raum 3N040**

### **TEILNEHMER:**

#### **Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e. V. (VDA) Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“**

- **Dr. Kay Lindemann, Vorsitzender der Stiftung „Verbundenheit mit den Deutschen im Ausland“**
- **Helmut Graff, VDA-Vorstandsmitglied und Bundesgeschäftsführer**
- **Gerhard Müller, VDA-Vorstandsmitglied**

#### **Deutscher Bundestag**

- **Dr. Peter Gauweiler MdB, Vorsitzender des Unterausschusses „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ im Deutschen Bundestag**
- **Hans-Joachim Otto MdB, Vorsitzender des Ausschusses „Kultur und Medien“ im Deutschen Bundestag**

## **Bundesregierung**

- Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
- Werner Wnendt, stellvertretender Leiter der Abteilung Kultur und Kommunikation beim Auswärtigen Amt
- Catrin Czyganowski, Referentin für das Auslandsschulwesen beim Auswärtigen Amt

## **German Language School Conference**

- Frau Dr. Renate von Ludanyi, Präsidentin der German Language School Conference (GLSC)
- Frau Sigrid C. Bellutz, GLSC
- Herr Dr. Peter J. Schröck, Secretary, GLSC
- Frau Stefanie Mischner, Asst. Principal, German School of Connecticut, und freie Mitarbeiterin bei der GLSC

## **Universität Bayreuth**

- Prof. Dr. Bernd Müller-Jacquier, Lehrstuhl für Interkulturelle Germanistik an der Universität Bayreuth

## **Bundesverwaltungsamt**

- Joachim Lauer, Leiter der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen
- Frau Dr. Pinkert-Sältzer, Fachberaterin des Bundesverwaltungsamtes an der Ostküste der USA

## **Deutsch-Kulturelle Vereinigungen aus Polen**

- Herr Bernhard Gaida, Vorsitzender des „Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften“ (SKGD)
- Herr Norbert Rasch, Vorsitzender der SKGD im Oppelner Schlesien
- Frau Małgorzata Nowak-Daniel, SKGD im Oppelner Schlesien
- Frau Zuzanna Donath-Kasiura, SKGD im Oppelner Schlesien
- Frau Anna Skuballa, SKGD im Oppelner Schlesien

## **Deutsch-Kulturelle Vereinigungen aus der Russischen Föderation**

- Herr Heinrich Martens, Präsident des „Rates und der Föderalen National-Kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen“
- Frau Olga Martens, stellvertretende Vorsitzende des „Internationalen Verbands der deutschen Kultur“ (IVDK)
- Herrn Dr. Denis Zyklow, Koordinator der Sprach- und Bildungsprojekte des IVDK

## **TOP 1 Begrüßung durch Dr. Kay Lindemann**

Herr Dr. Lindemann eröffnet das Fachgespräch, begrüßt alle Teilnehmer und stellt die einzelnen Gesprächspartner vor.

## **TOP 2 Vorstellung der Arbeit der „German Language School Conference“ durch Dr. Renate von Ludanyi, Präsidentin der GLSC, sowie Frau Stefanie Mischner, Asst. Principal, German School of Connecticut und freie Mitarbeiterin bei der GLSC**

Frau von Ludanyi begrüßt die Teilnehmer an dem Fachgespräch und dankt Herrn Hartmut Koschyk MdB, dass er den Anstoß dafür gegeben habe. Aus einer Powerpointpräsentation, in der die Arbeit der Samstagsschulen und der GLSC ausführlich dargestellt und die dem Protokoll beigelegt wird, werden nur einige wichtige Punkte angesprochen.

Sie unterstreicht, dass die Definition der Begriffe „Heritage Learners“ und „Samstagsschulen“ nicht einfach sei, jedoch könne man sagen, dass das Projekt Teilzeitschulen beinhalte, in denen es Kindern und Jugendlichen wie auch Erwachsenen ermöglicht werde, die deutsche Sprache und Kultur neu bzw. wieder zu erlernen.

Frau von Ludanyi führt aus, dass die ersten dieser Schulen 1874 (Boston) und 1892 (New York) gegründet wurden, und bis heute habe sich ihre Zahl bereits auf 42 mit ca. 6000 Schülern erhöht, die über das gesamte Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika verteilt seien. Das Alter der meisten Schüler liege bei der Ersteinschreibung unter 6 Jahren. Bis zum 18. Lebensjahr nehme die Schülerzahl ab. Allerdings sei bei der Ersteinschreibung ebenfalls ein sehr hoher Erwachsenenanteil zu verzeichnen. An den GLSC-Mitgliederschulen sei es möglich, sowohl das amerikanische Sprachdiplom AATG als auch das deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz (DSD) zu erwerben. Laut Statistik schnitten die Schüler an den GLSC-Samstagsschulen bei der Prüfung zum Sprachdiplom AATG besser ab als an öffentlichen amerikanischen Schulen. Der Schüleranteil der GLSC-Schulen bei der AATG Prüfung betrage bei der Stufe 2 15%, bei der Stufe 3 11% und bei der Stufe 4 24%. Dies belege die hohe Qualität des Unterrichts an den Samstagsschulen.

Warum Eltern ihre Kinder zusätzlich zu der amerikanischen Highschool samstags in die deutschen Sprachschulen schickten, lasse sich auf mehrere Ursachen zurückführen. Laut einer Umfrage der GLSC gäben die meisten Eltern an, selbst deutsche Wurzeln zu haben, viele aber möchten auch den Kindern mit Kenntnissen der deutschen Sprache den Eintritt ins Studium oder das Arbeitsleben erleichtern. Die kleinste Gruppe der Schüler lerne Deutsch aus bloßem Interesse an der deutschen Kultur bzw. aus Vergnügen.

Die GLSC organisiere jährlich eine Konferenz zum Informationsaustausch der deutschen Sprachschulen, zur Verbesserung der Unterrichtsarbeit und zur Fortbildung der Lehrkräfte. Dabei würden die Wünsche der teilnehmenden Lehrkräfte berücksichtigt und die in der Fortbildung gegebenen Anregungen festgehalten.

Frau von Ludanyi dankt für die bisherige Unterstützung seitens des Bundes, betont aber die Notwendigkeit eines stärkeren finanziellen Engagements der zuständigen deutschen Behörden.

**TOP 3 Kulturpolitische Bewertung der Arbeit der Samstagsschule durch die beiden Abgeordneten Hans-Joachim Otto MdB und Dr. Peter Gauweiler sowie durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Christoph Bergner**

Als Kulturpolitiker bedankt sich Herr Otto für das Engagement der Samstagsschulen, deren Arbeit er für äußerst verdienstvoll und unterstützenswert hält. Die Verbindung zu Frau von Ludanyi als Präsidentin der GLSC habe er in mehreren Gesprächen vertieft. Da die mit muttersprachlicher Bildung verbundene Kultur einen wesentlichen Beitrag zur Identitätsbildung jedes Individuums leiste und die kulturelle Identität für deutsche Migranten im Ausland im gleichen Maße gelte wie für ausländische Migranten in Deutschland, sei die Arbeit der amerikanischen Samstagsschulen wie die Arbeit des gesamten Auslandsschulwesens in ihrer Bedeutung für kulturelle Identität und Völkerverständigung nicht zu unterschätzen. Herr Otto hebt hervor, dass ein Viertel der Absolventen der Samstagsschulen in Deutschland studierten. Dies sei bedeutend, da Deutschland als Exportnation von diesen Hochschulabsolventen in Deutschland und in den USA profitiere. Herr Otto hebt auch das zivilgesellschaftliche Engagement der Samstagsschulen hervor. Das dortige ehrenamtliche Engagement für die deutsche Sprache und Kultur sei auch ein Vorbild für Deutschland. Herr Otto fordert, in Deutschland stärker auf die Arbeit der Auslandsschulen im Allgemeinen und die Arbeit der Samstagsschulen im Besonderen aufmerksam zu machen und sie seitens der Politik stärker zu unterstützen. Man dürfe hinsichtlich der finanziellen Leistungen des Staates aber keine zu großen Hoffnungen nähren.

Auch Herr Dr. Gauweiler bedankt sich für das Engagement der Samstagsschulen. Die Wiederbegründung des Unterausschusses für „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ im Deutschen Bundestag belege im Vergleich zu den letzten Jahren eine Trendwende in der Gewichtung der auswärtigen Kulturpolitik, die Bund und Länder mit größerem Engagement angingen. Für die Bedeutung der deutschen Sprache sei ein neues Bewusstsein entstanden, und die Bedeutung der Mittlerorganisationen sei größer geworden. Man könne den Unterausschuss geradezu als „ästhetischen Violinschlüssel“ der neuen auswärtigen Kulturpolitik bezeichnen. Die Auswärtigen Kulturpolitik der Großen Koalition sei erfolgreich. Die Finanzmittel für die auswärtige Kulturpolitik seien erheblich angestiegen. Wie sehr sich die Verhältnisse geändert hätten, zeige sich daran, dass in den letzten vier Jahren mehr Goethe-Institute eröffnet als in der Amtszeit von Gerhard Schröder geschlossen worden seien. Zur Arbeit der Goethe-Institute liege eine neue Drucksache des Deutschen Bundestages vor, und auch zur Arbeit der amerikanischen Samstagsschulen lägen neue Papiere von Politikern vor, an

denen sichtbar werde, dass alle politische Unterstützung ihrer Arbeit vorhanden sei.

In seinem Beitrag hebt auch Herr Dr. Bergner die Bedeutung der Arbeit der amerikanischen Samstagsschulen hervor, weist aber dann auf die besondere Situation der deutschen Minderheiten in Europa hin. Er führt aus, dass er als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten rund 1,4 Millionen Deutsche in Südosteuropa, Osteuropa und in Dänemark betreue, für die die Rahmenübereinkommen des Europarates zu den Minderheiten gelten würden. Im Vergleich betone die deutsche auswärtige Kulturpolitik zu wenig die Bedeutung der deutschen Sprache für die Angehörigen der deutschen Minderheiten. Da im PASCH-Programm der Bundesregierung die Probleme der Minderheiten zu wenig beachtet würden, sei eine neue Akzentsetzung erforderlich. Sprache sei für Herrn Dr. Bergner das wichtigste Erkennungsmerkmal für Kultur. Spracherwerb bedeute Identitätserwerb, und Spracherwerb der deutschen Minderheiten habe daher einen ganz besonderen Stellenwert. Einen Idealzustand finde man in Dänemark, wo an vielen Schulen im Süden des Landes zweisprachig unterrichtet werde. In der ehemaligen Sowjetunion habe es hingegen eine jahrzehntelange Sprachunterdrückung gegeben. Wenn es bei den Russlanddeutschen nicht zu einer "identitätssichernden Sprachbildung" komme, drohe ein Identitätsverlust. Mit welchen Institutionen man dies idealerweise erreichen könne, zeige wiederum Dänemark, wo einzelne Schulen in Trägerschaft eines Deutschen Schulverbandes stünden. In Rumänien sei Deutsch in das staatliche Schulwesen eingebettet, aber es lasse sich eine zunehmende Abwanderung deutscher Lehrkräfte nach Deutschland beobachten - zum Leidwesen der dortigen Rumäniendeutschen. Besonders negativ sei auch die Entwicklung in der Republik Polen, wo man es seit 1989 versäumt habe, eine deutsche Sprachbildung aufzubauen. Oftmals müsse Deutsch als „Wiedermuttersprache“ gelernt werden. Die Samstagsschulen seien ein vorbildliches Modell für den Erhalt der deutschen Sprache, aber aufgrund der unterschiedlichen Situation in den USA und in den europäischen Ländern nur schwer auf Europa übertragbar. Die zivilgesellschaftlichen Verhältnisse in den USA seien andere und die Freiheit, mit der private Schulen in den USA gegründet werden könnten, gebe es in Osteuropa nicht. Eine Übertragbarkeit der Samstagsschulen auf die deutschen Minderheiten in Europa gehe daher nicht ein zu eins.

#### **TOP 4      Wissenschaftliche Bewertung der Arbeit der sogenannten Samstagsschulen in den USA durch Prof. Dr. Bernd Müller-Jacquier**

Prof. Dr. Müller-Jacquier teilt ergänzend zu seinem Redebeitrag ein Arbeitspapier zum Thema wissenschaftliche Zugänge zu den „Samstagsschulen in den USA“ aus. Das Arbeitspapier liegt diesem Tagungsbericht bei.

Prof. Dr. Müller-Jacquier weist einleitend darauf hin, dass man den Blick nicht nur auf das „Bewahrende“ richten sollte, da die internationale Mobilität wachse. Es gebe zunehmend auch deutsche „Lebensabschnittsmigranten“ in den USA, die ihre Kinder in die Samstagsschulen schickten. Die universitäre Forschung vermöge länderspezifische Zielgruppen für Samstagsschulen zu erfassen, da Sprache in den einzelnen Staaten oftmals einen unterschiedlichen Stellenwert habe. Gehe man davon aus, dass Sprache nicht nur als Code verstanden werde, sondern als Identitätsmerkmal und Zugangsmittel zur eigenen Identität, sei auch ein spezielles Lehrmaterial vorteilhaft, das von der Universität erarbeitet werden könnte. Prof. Dr. Müller-Jacquier betont, dass Sprache nicht nur ein Mittel zur Identitätsbildung und ein Identitätsmerkmal sei, sondern dass man auch beachten müsse, dass Zweisprachigkeit auch zu Ausgrenzung führen könne. Bei der „Identitätsaushandlung“ gelte es daher, Kompetenzen zu vermitteln und die deutsche Sprache nicht als Ausgrenzungsmerkmal zu benutzen. Prof. Müller-Jacquier regt an, auch online-Seminare für die sogenannten „Heritage-Learners“ zu entwickeln und in Deutschland eine Dokumentationsstelle für den Lerntyp „Deutsch als fremde Muttersprache“ einzurichten. Ebenso sei die Weiterbildung von Lehrkräften bedeutsam, und er regt an, an einer deutschen Universität eine Gastprofessur zum Thema „German Heritage“ einzurichten, um die Forschung auf dem Gebiet nachhaltig voranzubringen.

## TOP 5

### **Weitere Bewertungen durch die Herren Werner Wnendt vom Auswärtigen Amt und Joachim Lauer von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen sowie durch die Fachberaterin Frau Dr. Pinkert-Sältzer**

Herr Wnendt würdigt die Arbeit der Samstagsschulen und weist einleitend darauf hin, dass seit Beginn der Partnerschulinitiative im Februar 2008 das Partnerschulnetz (PASCH) um rund 500 Schulen auf nun 1.060 Schulen erweitert werden können. 15 Deutsche Auslandsschulen seien neu gegründet worden, 170 zusätzliche Schulen führten nun das Deutsche Sprachdiplom ein, weitere 320 neu in das Netzwerk aufgenommene Schulen bauten ihren Deutschunterricht aus. Auch die Samstagsschulen seien Teil von PASCH und mit den Konsulaten in den USA vernetzt. Herr Wnendt unterstreicht, dass der Etat für auswärtige Kulturpolitik rund 750 Millionen Euro betrage, wobei 292 Millionen Euro der Förderung der deutschen Sprache zugute kämen. Im Auswärtigen Amt plane man, die deutsche Sprache noch stärker ins Zentrum der auswärtigen Kulturpolitik zu setzen. Die Partnerschulinitiative, das heutige Fachgespräch und Gespräche mit dem Bundesverwaltungsamt wiesen in die richtige Richtung. Im Hinblick auf die Ausführungen von Dr. Bergner weist er darauf hin, dass auch auf das Erlernen der deutschen Sprache als „Wiedermuttersprache“ ein Augenmerk gerichtet werden müsse. Herr Wnendt lobt die Arbeit der Samstagsschulen und sagt zu, dass das Auswärtige Amt auch weiterhin die Arbeit der Samstagsschulen unterstützen werde.

Herr Lauer hebt die bisherige Arbeit der Samstagsschulen hervor und sagt zu, dass auch das Bundesverwaltungsamt ihre Arbeit weiterhin unterstützen werde. Man müsse unterscheiden zwischen Sprachschulen im Ausland, die Deutsch als Unterrichtsfach anböten, und deutschen Auslandsschulen. An Begegnungsschulen könnten die Schüler neben dem Abitur des Gastlandes auch das deutsche Abitur erwerben. Die größten Begegnungsschulen finde man in Lateinamerika. An deutschen Auslandsschulen gebe es weltweit rund 72.000 Schüler, an Sprachschulen rund 250.000 Schüler, die die deutsche Sprache lernten. Die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen betreue mit ca. 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und etwa 55 Fachberatern die schulische Arbeit im Ausland. Weltweit würden über 940 Schulen, darunter 133 deutsche Auslandsschulen, die überwiegend in privater Trägerschaft geführt würden, personell und finanziell gefördert. Rund 1900 Auslandsdienstlehrkräfte, Programmlehrkräfte und Fachberater befänden sich an diesen Einrichtungen. Sie würden während ihrer Tätigkeit im Ausland organisatorisch, pädagogisch und finanziell von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen betreut. Herr Lauer weist auf die Besonderheit der „Samstagsschulen“ hin, wie man sie in den USA und Kanada finde. Um dem Stellenwert der Samstagsschulen gerecht zu werden, wurde laut Herrn Lauer für diese eine eigene Förderrichtlinie erlassen. Die beschreibbaren Leistungen an den Samstagsschulen seien angestiegen, und das Sprachdiplom sei angeglichen worden.

Frau Dr. Pinkert-Saeltzer weist darauf hin, dass 100 Sprachschulen direkt von der Fachberatung der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen gefördert würden. Man müsse beachten, dass es unterschiedliche Zielgruppen gebe. Es gebe Schüler, bei denen die deutsche Sprache Erst- oder Zweitsprache bei den „Muttersprachlern“ sei, und Schüler, bei denen Deutsch eine Fremdsprache sei. Oftmals sei Deutsch Fremdsprache, obwohl ein deutscher Migrationshintergrund vorliege. In den USA nehme laut Dr. Pinkert-Saeltzer die Bedeutung von Fremdsprachen stetig ab, und an vielen öffentlichen Schulen sei der Nachweis einer Fremdsprache nicht mehr Voraussetzung für ein Abschlussdiplom. Sie begrüßt neben der bedeutenden Arbeit der deutschen Auslandsschulen und Goethe-Institute auch das Engagement der Samstagsschulen.

Nach den Redebeiträgen dankt Frau von Ludanyi für die politische Unterstützung. Momentan finde man noch ein großes ehrenamtliches Engagement der Deutschstämmigen in den USA bei den Samstagsschulen. Allerdings stelle sich die Frage, ob dies in Zukunft noch gewährleistet sei. Lehrer und Schulleitung müssten bezahlt werden, und eine größere finanzielle Unterstützung sei wünschenswert. Dr. Gauweiler, Dr. Bergner, Herr Wendt und Herr Lauer betonten erneut den unterstützenswerten Charakter der Samstagsschulen und sagen eine Unterstützung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu, wenngleich eine erhebliche Erhöhung der finanziellen Unterstützung nicht genannt wird. Auf die Frage von Herrn Graff, ob ein eigener Haushaltstitel die Arbeit

der GLSC nicht absichern könnte, hält Herr Lauer haushaltsrechtliche Gründe dagegen und verweist darauf, dass die Botschaft in Washington die Standardmittel verteile. Herr Wnendt hält eine institutionelle Förderung nahezu für unmöglich, da nach dem Omnibusprinzip ansonsten eine andere Institution verzichten müsse.

### **TOP 6 Einbeziehung von Vertretern der deutschen Minderheiten in der Republik Polen und der Russischen Föderation im Hinblick auf Bemühungen, auch dort private Sprachschulen einzurichten**

Frau Martens wünscht sich einen Dialog mit den Vertretern der GLSC, weil vieles des Gesagten auch für die Russlanddeutschen gelte. Die deutsche Spracharbeit sei derzeit zu wenig ausgeprägt. Man sei auch laut Frau Martens durch die Ausreisewelle der Russlanddeutschen demotiviert gewesen. Die verbliebenen Russlanddeutschen würden voraussichtlich auch weiterhin in Russland bleiben, und die Verbände der Russlanddeutschen machten sich Sorgen wegen eines zunehmenden Verlustes der deutschen Sprache. Frau Martens bittet um eine noch nachhaltigere Unterstützung durch das Bundesverwaltungsamt. Die Idee der Samstagsschulen finde sie sehr gut, und sie regt eine eigene Förderrichtlinie für Samstagsschulen für Russlanddeutsche an.

Frau von Ludanyi weist in diesem Zusammenhang auf den schweren und langen Weg hin, bis den Samstagsschulen in den USA ein anerkanntes Diplom seitens des Bundesverwaltungsamtes zugesprochen worden sei. Dennoch ermuntert sie Frau Martens, die Idee von Samstagsschulen für Russlanddeutsche nicht fallen zu lassen. Sie sagt zu, dass sie Frau Martens gern als Ansprechpartner zur Verfügung stehe. Herr Lauer erklärt, dass man gerne bereit sei, den Kontakt zu vertiefen. Allerdings gebe es Konzentrationspunkte der Fachberatung, und eine flächendeckende Betreuung sei logistisch nicht möglich. In Bezug auf Samstagsschulen in den USA verweisen er und Frau Pinkert-Saeltzer auf die unterschiedliche gesellschaftliche und demografische Struktur in den USA hin, weshalb man eine Übertragbarkeit dieses Modells skeptisch betrachte.

Herr Rasch führt an, dass der Verband der Deutschstämmigen in der Republik Polen keine Schule in eigener Trägerschaft besitze. Man plane 5 – 7 Schulen zu errichten, wobei die Frage der Trägerschaft noch zu klären sei. In Polen gab es ein Totalverbot für eigene Schulen und bei vielen Deutschstämmigen bestehe die Muttersprache nur auf dem Papier. Man müsse daher überlegen, ob die Schulen bilingual ausgerichtet sein sollten. Herr Gaida betont, dass er nicht geglaubt habe, dass das Modell „Samstagsschule“ so professionell arbeite und funktionieren könne. In der Republik Polen gebe es Gegenden, in denen aufgrund der geringen Anzahl von Deutschstämmigen kein eigener Deutschunterricht an öffentlichen Schulen angeboten werde. Dort könnte das Modell Samstagsschule ein vielversprechender Ansatz sein. Herr Gaida fragt Frau Ludanyi, wie weit die Samstagsschulen in den

USA von den Schülern entfernt seien und wie viel Kosten erhoben würden.

Frau von Ludanyi antwortet, dass Eltern oft zwei Stunden zu einer Samstagsschule fahren müssten und dass die Kosten deren an anderen Sprachschulen angeglichen seien.

Auf die Frage von Herrn Graff, wo die Probleme lägen, in der Republik Polen eine Schule zu gründen, antwortet Herr Gaida, dass das Hauptproblem fehlende Finanzmittel seien. Auch gebe es in der Republik Polen immer noch Ressentiments gegenüber der deutschen Minderheit. Da die öffentlichen Schulen patriotisch organisiert seien und oftmals das Deutschtum negativ besetzt sei, seien Schulen in eigener Trägerschaft besonders wichtig. Herr Gaida betont in diesem Zusammenhang auch, dass an öffentlichen Schulen die deutsche Sprache lediglich als Fremdsprache vermittelt werde und nicht zur Identitätsbildung der Deutschstämmigen beitrage. Da per Gesetz mindestens sieben deutschstämmige Schüler notwendig seien, um drei Stunden Deutschunterricht zu erhalten, hält er in „Diasporagebieten“ die Samstagsschulen für ein erfolgsversprechendes Modell.

Herr Graff weist darauf hin, dass laut Herrn Gaida in der Republik Polen eine Deutsche Schule gegründet werden dürfe, und fragt bei Herrn Lauer an, ob das BVA eine solche Schule plane. Herr Lauer antwortet, dass es in den 90-er Jahren Überlegungen für ein Spezialgymnasium, an dem das deutsche Abitur abgelegt werden kann, gegeben habe. Dies sei aber an der Unterstützung der polnischen Behörden gescheitert. Herr Gaida antwortet, dass sich die Situation seit damals verbessert habe und man auch besser vorbereitet sei auf eine solche Institution.

Abschließend vereinbaren die Teilnehmer aus den USA, aus der Russischen Föderation und der Republik Polen, sich im Hinblick auf die Samstagsschulen weiter austauschen zu wollen. Auch Herr Lauer und Herr Wendt sagen zu, den Sprachunterricht in diesen Ländern weiterhin wohlwollend zu unterstützen. Prof. Müller-Jaquier regt eine eigene Plattform mit einem regelmäßigen Austausch an und bietet hierfür seine Unterstützung an. Im Ergebnis begrüßt Herr Graff abschließend, dass von politischer Seite eine breite Unterstützung für die Spracharbeit zugesagt worden sei. Das Fachgespräch habe gezeigt dass die auswärtige Kulturpolitik sich auch der Bedeutung des Erhalts der Muttersprache der deutschen Minderheiten bewusst sei, und es sei von diesem Fachgespräch ein Signal ausgegangen, die Spracharbeit noch nachhaltiger zu fördern.